

## SEMINARE, TAGUNGEN, WORKSHOPS 2001

### „...dass die Bildung gehoben werde“

Gewerkschaften stehen bekanntlich hier und da in dem Ruf, zu lange an alt Hergebrachtem festhalten zu wollen. Natürlich – alte Zöpfe müssen bisweilen abgeschnitten werden. Nur sollte man vorher hinsehen, welche. Es gibt nämlich Zöpfe, die werden zwar anders geflochten, kommen aber einfach nicht aus der Mode. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zählt dazu.

Die zweite Gewerkschaft, die in Deutschland gegründet wurde, war die „Assoziation der Zigarren-Arbeiter Deutschlands“. Das ist lange her, im September 1848. Ein Jahr später gab die Gewerkschaft sich ein Statut. Als ein Ziel ist darin festgelegt, „dass die mangelhafte Bildung ihrer Mitglieder durch Lehre und Unterricht möglichst gehoben werde“. Mangelhafte Bildung kann heute nicht mehr unterstellt werden. Dass aber immer etwas „gehoben“ werden kann, ist gleichermaßen unbestritten. Kurzum: Auch 2001 sind wir wieder dabei und heben mit, wie seit mehr als 150 Jahren.

Ende des nächsten Jahres werden zum Beispiel Sachverhalte und Problemlagen dargestellt, von denen selbst die ausgebufftesten Referenten heute noch keine Ahnung haben. Es geht um aktuelle Entwicklungen im Staatsbürgerschaftsrecht, um Verordnungen und Rechtsprechung. Da wird die nächsten zwölf Monate noch einiges geschehen. Wenn die Referenten dann aber zum Tagungsort Berlin anreisen, haben sie alles in Kopf und Koffer, wir haben eben die Ausgebufftesten.

Vorher – nämlich im März – wird in Niederpöcking eine Bilanz, besser: Zwischenbilanz, des neuen Staatsbürgerschaftsrechts gezogen und über die Perspektiven diskutiert.

Generell gut im Stoff und in aktuellen Entwicklungen sein müssen auch die Referentinnen und Referenten, die auf einem Workshop

in Hamburg-Sasel diskutieren werden. Es geht um ein „Blind Date“: die Themen sind nicht exakt festgelegt. Es geht um Information über und Diskussion von aktuellen migrationspolitischen Fragen.

Zwei Seminare im nächsten Jahr haben mit Einwanderungspolitik zu tun. Eines – im April in Hamburg-Sasel – arbeitet unter der größeren Perspektive Einwanderungspolitik im 21. Jahrhundert. Ein weiteres – im September, ebenfalls in Hamburg-Sasel – hat die Situation in Deutschland zum Thema. Es geht unter der Fragestellung: Wem dient Zuwanderung? Um Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftebedarf in Deutschland. Wenn er seine Bildungsresistenz in dieser Frage überwindet, ist natürlich auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag herzlich eingeladen.

Weitere Themen, damit die Bildung „möglichst gehoben werde“: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Entwicklungen im Ausländerrecht, Islam und Gewerkschaften. Zum Bereich EU stehen auf dem Programm: Die neue Antidiskriminierungsrichtlinie, die EU-Erweiterung, Europa der Bürger – Grundrechte, Unionsbürgerschaft, Freizügigkeit und so weiter – und der Amsterdamer Vertrag unter dem Blickpunkt Asyl- und Migrationspolitik.

## Inhalt

### SEITE 2

- Bericht Ausländer in Leipzig
- Gleichheit bei Sprachförderung

### SEITE 3

- Betriebsvereinbarung gegen Fremdenfeindlichkeit bei der Bahn AG
- Tag der Menschenrechte: Einwanderer willkommen heißen

### SEITE 4

- Antidiskriminierung auf Französisch: Gespräch mit CGT-Gewerkschaftern
- Migration und prekäre Beschäftigung

Wer dabei sein will – das Bildungsprogramm des Referats Migration 2001 **kann bestellt werden bei:** toennes satz + druck gmbh, Postfach 32 62, 40682 Erkrath Fax: 0211 / 9 20 08 - 38 E-Mail: reiseiner@toennes-gruppe.de und: anna.tastsoglou@bundesvorstand.dgb.de

## Zahlenwerk

### Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (in 1000)



Der Wanderungssaldo ist ab dem Jahr 2000 mit 225 000 angenommen.  
Quelle: Hedwig Birg: Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert (IMIS-Schriften Nr. 5, 1997)

## Mehr als Statistik

Eine gründliche Analyse der Situation der Ausländer bietet der im Sommer veröffentlichte Bericht „Ausländer in der Stadt Leipzig 2000“. Erstellt wurde die Untersuchung vom örtlichen Amt für Statistik und Wahlen zusammen mit dem Ausländerbeauftragten der Stadt, Stojan Gugutschkow, von dem auch die Anregung zu dieser Studie ausging.

Von Art und Umfang her dürfte der Bericht ziemlich einmalig sein. Er geht weit über ein bloßes Vorstellen statistischer Daten hinaus und bietet auch Erläuterungen und Kommentierungen.

Mit einem Anteil von 4,3 Prozent Ausländern an der Wohnbevölkerung liegt Leipzig deutlich über dem sächsischen Durchschnitt von 2,3 Prozent, gleichwohl aber weit unter den Werten westdeutscher Großstädte. Die drei größten Gruppen sind Polen, Vietnamesen und Portugiesen. Knapp zehn Prozent der Ausländer sind Studenten.

Neben vielen Bereichen, die auch aus anderen Untersuchungen bekannt sind – etwa Bevölkerungsentwicklung, Bildung/ Ausbildung, Erwerbstätigkeit/ Arbeitslosigkeit – gibt es auch Auswertungen kommunaler Bürgerumfragen, die das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aufzeigen. Dabei kommt u.a. zum Ausdruck, dass eine Mehrheit der deutschen Leipziger dem Zusammenleben mit Ausländern positiv oder indifferent gegenüber steht. Einem Einbringen ausländischer Lebens-

weise und Kultur in das Zusammenleben stimmen aber nur 38 Prozent zu – weniger als 1995. Die anderen erwarten eine Anpassung bzw. Assimilierung der Ausländer oder befürworten eine Abgrenzung. „Es bestehen in beträchtlicher Größenordnung Überfremdungsängste bei den Leipzigern.“ So eine Schlussfolgerung der Studie zu diesem Komplex.

Da die Bereitschaft zur Integration bei denen am größten ist, die häufige Kontakte mit Ausländern haben, dürfte dies ein Hinweis sein, wo ein Aufgabenfeld in der Stadt liegt. Da es zahlreiche Organisationen von Migranten in Leipzig gibt und ebenfalls viele binationale deutsch-ausländische Vereine und Gesellschaften – auch dies wird in dem Bericht dargestellt – können diese Strukturen das gegenseitige Kennenlernen voran bringen.

Die Fakten zum Thema Ausländer in Leipzig sind insgesamt sehr gut aufgearbeitet und anschaulich dargestellt. Stojan Gugutschkow hofft, dass dies Grundlage „für eine unaufgeregte und sachliche Diskussion in unserer Stadt über die sicher nicht einfachen Fragen der Migration und Integration“ bildet. Die mit dem Thema in anderen Städten befassten Verantwortlichen sollten sich ein Beispiel nehmen.

Die Studie kostet DM 30,-. **Informationen:** Stadt Leipzig, Referat Ausländerbeauftragter, Stojan Gugutschkow, Martin-Luther-Ring 4-6, Tel.: 0341 / 123-2691  
E-Mail: [auslaenderbeauftr.stadtleipzig@t-online.de](mailto:auslaenderbeauftr.stadtleipzig@t-online.de)  
oder: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, 04092 Leipzig, Tel.: 0341 / 123 - 0  
E-Mail: [statistik-wahlen@leipzig.de](mailto:statistik-wahlen@leipzig.de)

## Gleichheit hergestellt

In seiner Berliner Rede wandte sich Bundespräsident Johannes Rau an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind und hier mit uns leben: „Mein dringender Appell ist: Lernen Sie Deutsch! Wenn wir miteinander leben, müssen wir einander verstehen.“ Dass richtige und wohlmeinende Appelle nicht ausreichen, weiß auch Rau. An einer anderen Stelle sagte er: „Ich weiß: Das kostet Geld. Ich weiß aber auch: Wer heute an der falschen Stelle spart, muss später dafür teuer bezahlen.“

Damit das notwendige Geld nicht nur bereit steht, sondern auch sinnvoll und effektiv einge-

setzt werden kann, hat die Bundesregierung ein wenig Ordnung in das Wirrwarr der Sprachförderung gebracht. Ein zentraler Punkt: Künftig werden Aussiedler und Ausländer, die über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen, gleichberechtigt in die Sprachförderung einbezogen. Diese ist Teil einer sechsmonatigen Basisförderung, die in Vollzeit erfolgt. Der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen, Jochen Welt, plädiert darüber hinaus dafür, dass sich daran eine Aufbauförderung anschließt, die eine berufliche Orientierung zum Schwerpunkt hat, wenn keine oder eine unzureichende berufliche Qualifikation vorhanden ist. Auch diese soll für Aussiedler und Ausländer gleichermaßen gelten.

### **Keine Steuergelder für fremdenfeindliche Parteien**

*Der Interkulturelle Rat in Deutschland fordert in einer Unterschriftenaktion, dass fremdenfeindliche und rechts-extreme Parteien keine Wahlkampfkostenerstattung mehr bekommen. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Belgien hat in einem Gesetz vom 12. Februar 1999 beschlossen, dass politischen Parteien die Wahlkampf-kostenerstattung entzogen werden kann, die mit einer fremdenfeindlichen Stimmungsmache Wahlen zu gewinnen versuchen.“ Der deutsche Gesetzgeber wird aufgefordert, ebenso darauf hinzuwirken, „dass fremdenfeindliche Kampagnen nicht länger aus Steuergeldern mitfinanziert werden“.*

### **Informationen und Unterschriftenlisten bei:**

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.  
Riedstraße 2, 64295 Darmstadt  
Fax: 0 61 51 / 36 70 03  
[info@interkultureller-rat.de](mailto:info@interkultureller-rat.de)  
[www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)

### **Tipps für angemessene Reaktionen angesichts rechter Gewalt**

*In der Debatte um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wird immer wieder dazu aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen. Ein wichtiger Punkt dabei ist zweifellos die Frage, wie sich jemand in ganz konkreten Situationen verhalten sollte. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ gibt in einem Flyer an fünf Beispielen Tipps für angemessene Reaktionen. Ein Beispiel ist ein ausländerfeindlicher Übergriff in Bus oder Bahn.*

Der Flyer „Was tun gegen rechte und rassistische Gewalt?“ **kann bestellt werden bei:**  
junges forum, Festspielhaus  
Otto-Burrmeister-Allee 1,  
45657 Recklinghausen  
Tel.: 0 23 61 / 1 55 21  
Fax: 0 23 61 / 91 84 85

## Betriebsvereinbarung gegen Fremdenfeindlichkeit

Der Vorstand und der Konzernbetriebsrat der Deutsche Bahn AG haben am 20. September 2000 eine Konzernbetriebsvereinbarung geschlossen, mit deren Hilfe einerseits gegen Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen vorgegangen werden kann und die andererseits Chancengleichheit sicherstellen soll. Die Vertragspartner wollen so – wie es in der Vereinbarung heißt – „ein positives Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ setzen.

Die Betriebsvereinbarung, die rund 240.000 Beschäftigte betrifft, war – so Rolf Lutzke, Leiter der Grundsatzabteilung bei TRANSNET – Gewerkschaft GdED – äußerst zügig verhandelt worden.

In der Konzernbetriebsvereinbarung ist festgelegt, dass fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen und Handlungen nicht geduldet werden. Das bezieht sich nicht nur auf den Umgang der Belegschaft untereinander, sondern auch auf das Verhalten gegenüber den Kunden. Wer gegen die Grundsätze der Vereinbarung verstößt, muss ungeachtet möglicher Straftatbestände mit arbeitsrechtlichen bzw. beamtenrechtlichen Konsequenzen rechnen. Die Leiter der jeweiligen Organisationseinheiten werden verpflichtet, die Einhaltung der Vereinbarung zu überwachen und Verstöße unverzüglich zu ahnden. Von den Beschäftigten erwarten Vorstand und Konzernbetriebsrat,

dass sie „aktiv Übergriffen, Handlungen und Äußerungen, insbesondere im Betrieb und im kundennahen Bereich entgegenzutreten“. Entsprechend der Vereinbarung wird eine Auseinandersetzung mit Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in die Berufsausbildung integriert.

Wenn es zu einem Fall von Diskriminierung kommt, muss Beschwerden unverzüglich nachgegangen werden. Eine sechsköpfige paritätische Kommission – bestehend aus jeweils drei vom Konzernbetriebsrat und vom Vorstand benannten Personen, darunter zumindest ein Ausländer – unterstützt die Betroffenen und trägt zur Erledigung der Beschwerden bei.

In der Vereinbarung wird ausdrücklich die Chancengleichheit bei Bildungsmaßnahmen, Beförderungen und anderen betrieblichen Personalentwicklungen unterstrichen. Für ausländische Arbeitnehmer ist dabei wichtig, dass bei personellen Massnahmen, für die bestimmte Qualifikationen nötig sind, auch nicht in Deutschland erworbene vergleichbare Qualifikationen anerkannt werden.

In einer gemeinsamen Erklärung zu der Konzernbetriebsvereinbarung haben der Vorstand der Deutsche Bahn AG und TRANSNET – Gewerkschaft GdED sich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Vereinbarung in allen Konzernunternehmen und Betrieben zur Anwendung kommt. ■

## TAGUNG

### Tag der Menschenrechte

Anlässlich des UN-Tages der Menschenrechte veranstaltet das Referat Migration am 12. Dezember in Düsseldorf eine Tagung unter dem Titel „Einwanderer willkommen heißen – Anforderungen an Migrationspolitik im 21. Jahrhundert“.

Jochen Welt, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, erläutert aus Sicht der Regierungskoalition, was die rot-grüne Koalition unter Integrationspolitik versteht und wie sie die damit verbundenen Aufgabenstellungen angeht. Die Anforderungen, die sich für die

Gewerkschaften stellen, wenn Menschen nach Deutschland kommen, um hier zu leben und zu arbeiten, wird Günter Dickhausen, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, vorstellen.

Konkrete Aufgabenstellungen aus der Praxis werden in Arbeitsgruppen behandelt. Dabei geht es darum, wie ein Willkommenspaket für Zuwanderer am Wohnort aussehen kann, um Partizipationsmöglichkeiten für Einwandernde in der Arbeitswelt und um Aufgaben des Bildungswesens für Einwandernde. ■

Einwanderer willkommen heißen – Anforderungen an Migrationspolitik im 21. Jahrhundert

**Termin:** 12. Dezember 2000  
10.30 Uhr bis 16.30 Uhr

**Ort:** Düsseldorf, Hans-Böckler-Haus  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

**Anmeldung und Informationen bei:** Rosaria Bartolotta:

Tel.: 0211/43 01 - 151

Fax: 0211/43 01 - 134

E-Mail: rosaria.bartolotta@bundesvorstand.dgb.de

## Kalender

... NOCH 61 TAGE

### Einbürgerung von Kindern

*Das Jahr geht zu Ende und damit die Möglichkeit für ausländische Eltern, die schon länger hier leben, ihre Kinder, die am 1. Januar 2000 noch keine zehn Jahre alt waren, einbürgern zu lassen. Die Kids haben dann – bis sie 23 sind – einen Doppelpass und damit die Chance, mit gleichen Rechten wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler in die Gesellschaft hinein zu wachsen, etwa können sie visumsfrei reisen. Ihre Eltern müssen einen entsprechenden Antrag stellen. Dafür bleiben aber nur noch 61 Tage. Etwas Eile ist also geboten. Und dann geht's ab ins neue Jahr mit Doppelpass.*

*Knappe Informationen zur Kindereinbürgerung bietet ein Flyer des Referats Migration. Für Multiplikatoren/-innen gibt es eine Info-Mappe mit ausführlichen Materialien – ebenfalls herausgegeben vom Referat Migration.*

### Bestellungen bei:

toennes satz + druck gmbh,  
Postfach 3262, 40682 Erkrath  
Fax: 0211 / 920 08 - 38

E-Mail:

reisener@toennes-gruppe.de

## TAGUNGSDOKUMENTATION

# Migration und prekäre Beschäftigung

„Migration und prekäre Beschäftigung“ war der Titel einer Tagung vom Mai 1999, deren Dokumentation vor kurzem erschienen ist. Veranstalter war das Referat Migration. „Der Problemzusammenhang ‚prekäre Beschäftigung und Migranten/ Migrantinnen‘ gilt in der arbeitsmarktpolitischen Forschung scheinbar nicht als relevantes Thema.“ So Christiane Ochs vom WSI in ihrem Beitrag. Es gäbe weder spezielle Untersuchungen noch differenzierte Daten zu dieser Frage.

Typisch für prekäre Beschäftigung ist neben der kaum Existenz sichernden Bezahlung und dem mangelnden rechtlichen und/ oder tarifvertraglichen Schutz die Überwälzung des Unternehmerrisikos, etwa eine unregelmäßige Auftragslage, auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von daher ist es nicht überraschend, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse häufig bei Saisonarbeitnehmenden zu finden sind. Wahrgenommen werden solch in der Regel sehr harte Jobs von Migranten und Migrantinnen – sei es, dass sie hier leben, sei es, dass sie für ihre Arbeit vorübergehend einreisen.

Im Bau- und Bauausbaugewerbe sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse oft in Werkverträgen mit ausländischen Unternehmern versteckt. Hier ist vor allem zu beobachten, dass die Grenze zwischen legalem und illegalem Handeln fließend ist. Ein ganz anderer Weg ist es, prekäre Beschäftigung durch Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien in Länder der dritten Welt zu verlagern. ■

Migration und prekäre Beschäftigung (Tagungsdokumentation) **Bestellungen bei:** toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath, Fax: 0211/ 92008-38 e-Mail: reisener@toennes-gruppe.de

## IM FAX-ABRUF

### EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 29. Juni 2000 die „Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ verabschiedet. Die Richtlinie muss bis zum 19. Juli 2003 in nationales Recht umgesetzt werden. Im Fax-Abwurf von Forum Migration unter: 0211/43 01-610 (10 Seiten)

## GESPRÄCH MIT CGT-GEWERKSCHAFTERN

### Antidiskriminierung auf Französisch

**Auf Einladung des Referats Migration war Ende September eine kleine Delegation der französischen CGT zu Gesprächen über Migrationspolitik nach Berlin gekommen. Am Rande des Treffens sprachen wir mit Gerard Chemouil und José Pinto.**

❓ Ich sehe hin und wieder Fußball und kenne die französische Nationalmannschaft. Ich nehme an, diese ethnische Mischung gibt es in den Büros unter den qualifizierten Angestellten nicht.

**Gerard Chemouil:** In der Arbeitswelt sieht es so aus: Die Zuwanderer arbeiten meist in ganz bestimmten Branchen, in den Automobilwerken, im Tiefbau, in der Textilbranche, im Handel. Viele sind auch Saisonarbeiter. In anderen Bereichen sind sie weniger vertreten. Im öffentlichen Dienst – etwa bei der Eisenbahn – können sie gar nicht arbeiten, wenn sie nicht die französische Staatsangehörigkeit besitzen. In der Privatwirtschaft kommt es in der Praxis immer wieder zu einer Diskriminierung bei den Einstellungsverfahren.

**José Pinto:** Die Regierung hat in diesem Jahr neue Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus eingeleitet. So wurde eine Hotline geschaltet. Es gab 14.000 Anrufe, in denen über rassische Diskriminierung berichtet wurde. Bei 40 Prozent der Fälle ging es um Diskriminierung am Arbeitsplatz.

❓ Wer bei der Staatsbahn den Bahn-

steig fegt, muss also Franzose sein?

**Gerard Chemouil:** In den privatisierten Bereichen können auch Ausländer arbeiten, im Kernbereich des öffentlichen Dienstes ist das aber schwierig. Es werden zwar Lehrer mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingestellt, die haben aber nicht den gleichen Status wie französische Lehrer, etwa keine langfristigen Arbeitsverträge. Wir versuchen als Gewerkschaft, diese Diskriminierung abuschaffen.

❓ Wie viele Ausländer arbeiten in Frankreich?

**José Pinto:** In Frankreich gibt es 22 Millionen Erwerbstätige, davon sind 3,3 Millionen Ausländer. Die Hälfte davon kommt aus der EU, sie haben als Unionsbürger – mit kleinen Ausnahmen – Zugang zu allen Arbeitsplätzen.

❓ Wie sieht die Rechtslage aus? Gibt es so etwas wie ein Antidiskriminierungsgesetz in Frankreich?

**Gerard Chemouil:** Es gibt in Frankreich verschiedene Gesetze gegen Diskriminierung und gegen Rassismus. Diese reichen allerdings nicht aus. Ein Problem ist die Beweislast. Heute ist es so, dass der diskriminierte Arbeitnehmer seine Diskriminierung beweisen muss. An einem runden Tisch von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften wurde jetzt ein Gesetzentwurf entwickelt, dem zufolge Indizien für eine Anklage ausreichen. Dann muss der Arbeitgeber beweisen, dass er nicht diskriminiert hat. Das Gesetz muss aber noch verabschiedet werden.

## Impressum

### FORUM MIGRATION

**Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.